

EUROPA IN WISSENSCHAFT UND POLITIK – DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IN STRASSBURG

Gespräche über die Einhaltung des Rechts, den Populismus und die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union

Europa in Wissenschaft und Politik – eine traditionelle Veranstaltungsreihe des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) – fand am 13. und 14. März 2017 im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Wie jedes Jahr organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung dieses Aufeinandertreffen ausgewählter deutscher Professoren und Professorinnen mit den CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament. Dieses Jahr widmete sich Europa in Wissenschaft und Politik drei für die europäische Integration wichtigen Themen: In der ersten Sitzung diskutierten die Teilnehmer über die Einhaltung des Rechts in der Europäischen Union, wobei insbesondere auf die häufigen Missachtungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangen wurde. In der zweiten Sitzung wurde über Populismus gesprochen, ein Thema, welches zuletzt weltweit, aber auch gerade in Europa, breite Diskussionen entfaltet hat. In der dritten und letzten Sitzung ging es um ein etwas weniger beachtetes, jedoch ebenso wichtiges Thema, nämlich die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, welche zuletzt insbesondere durch das Brexit-Votum in Frage gestellt wurde.

PETER HUBER: „WENIGER, ABER STÄRKERE GESETZE!“

Bundesverfassungsrichter Peter Huber eröffnete die erste Sitzung mit einem Impulsreferat, in dem er die Eckpfeiler für die nachfolgende Diskussion setzte. Zunächst gab er einen kurzen Einblick in die Entwicklung des deutschen Rechtssystems und kontrastierte das daraus erwachsene deutsche Rechtsverständnis mit demjenigen Frankreichs. Zentraler Ansatz im deutschen Rechtsverständnis sei, dass Recht die Politik bindet und ihr Grenzen auferlegt, so Huber, und weiter: „Das ist etwas ganz spezifisch deutsches, und unterscheidet sich von der französischen Herangehensweise, in der auf der Basis des *volonté générale*

das Recht als eine Konkretisierung politischer Zielvorgaben verstanden wird.“ Als Negativbeispiel für das französische Rechtsverständnis nannte er die Aussage der damaligen französischen Finanzministerin Lagarde, welche 2010 in Hinblick auf die Euro-Rettung sagte: „Forget about the treaties!“

Als besonders offenkundiges Beispiel eines oft missachteten europäischen Rechts besprach Huber den Stabilitäts- und Wachstumspakt, welcher den Mitgliedsstaaten vorschreibt, ihr jährliches Haushaltsdefizit auf 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60 Prozent ihres BIPs zu begrenzen. Zwischen 1999 und 2015 wurde 165 mal gegen diese Regelung verstoßen, darunter unter anderem von Deutschland und Frankreich in den Jahren 2002 bis 2005 und zuletzt von einer Vielzahl an Ländern während der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008. Huber sah es kritisch, dass die Europäische Kommission bisher keinen dieser Verstöße sanktioniert hat: „Da würde ich lieber die Standards auf ein Niveau senken, das tatsächlich eingehalten werden kann.“

In der Tat war für Huber die Reduzierung von Rechtsnormen ein wichtiges Anliegen. Er schätzte die Zahl der aktiven europäischen Rechtsakte auf 140.000, wobei diese alle in die nationalen Rechtsordnungen

Bundesverfassungsrichter
Peter Huber





eingebunden werden müssten. „Mein Eindruck ist, dass die Mitgliedsstaaten, einschließlich Deutschland, damit häufig überfordert sind,“ so Huber. Er erinnerte an den Ausspruch von Montesquieu, der sagte: „Wenn es nicht notwendig ist ein Gesetz zu erlassen, ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“ Die Vielzahl der Gesetze habe nicht zuletzt oft ihre Widersprüchlichkeit zur Folge, wie Huber an den verschiedenen Rechtsnormen im Asylrecht verdeutlichte. „Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass ein wesentlicher Grund für den Rechtsungehorsam die Vielzahl und Komplexität der Rechtsordnung ist,“ sagte er.

Europaabgeordneter Markus Ferber sprach in seinem anschließenden Kommentar von der Wichtigkeit von Rechtsgehorsam in der Europäischen Union. Diese sei keine Schicksalsgemeinschaft, sondern sie manifestiere sich aus dem *rule of law*. Ferber weiter: „Eine Gemeinschaft, die auf dem Recht aufbaut, ist darauf angewiesen, dass die Mitgliedsstaaten die Geltung des Rechts anerkennen, sonst funktioniert es nicht mehr.“ Ähnlich wie Huber sprach sich Ferber für eine Reduzierung der Rechtsnormen aus: „Ich denke, dass die EU nur dauerhaft Akzeptanz hat, wenn sie sich im Bereich der Rechtssetzung auf das Wesentliche konzentriert, dann aber auch Sorge dafür trägt, dass die Regelungen von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.“ Ferber äußerte sich skeptisch zu einer allgemeinen Auslaufklausel (*sunset clause*) für europäische Gesetze. Diese sei zwar prinzipiell gut, allerdings habe

die Erfahrung gezeigt, dass Gesetze nach ihrem Ablauf oft nicht nur verlängert, sondern sogar noch erweitert würden.

„DIE EIGENE LESART VERTEIDIGEN!“

Auch die anschließende Diskussion drehte sich wesentlich um die unterschiedlichen Rechtsauffassungen in Deutschland und Frankreich, um den Stabilitätspakt sowie um die wünschenswerte Reduzierung von Normen.

Rudolf Hrbek, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, brachte das Subsidiaritätsprinzip in die Diskussion ein, welches besagt, dass Regelungen wenn möglich immer auf dezentraler Ebene getroffen werden sollen. Man habe damit die Hoffnung verknüpft, dass sich die Europäische Kommission einem erhöhten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sieht, wenn sie Rechtsakte vollziehen will. Hrbek stellte die Frage in den Raum, ob sich dies in der täglichen Arbeit der Kommission niederschläge. Peter Huber antwortete, dass die Kommission das Subsidiaritätsprinzip anders interpretiere, nämlich derart, dass es als Begründung ausreicht, wenn auf zentraler Ebene eine *bessere* Regelung getroffen werden kann als auf dezentraler Ebene. Huber sah diese Interpretation kritisch und sagte: „Das schüttet das Kind mit dem Bade aus!“

Heinrich Oberreuter, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau, sagte zum



(v. l. n. r.) Rudolf Hrbek,
Bodo Herzog,
Andreas Freytag,
Jürgen Matthes,
Daniel Göler

HEINRICH OBERREUTER

Emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau

„Wie stets ist der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis fruchtbar und erhellend gewesen, die Gesprächsatmosphäre auf beiden Seiten offen, das



Copyright Akademie für Politische Bildung Tutzing

Interesse groß. Die komplexen Probleme der Rechtsdurchsetzung und Rechtsrelativierung im EU-Verbund offenbaren und verdeutlichen z.B. politisch-kulturelle Individualitäten wie auch politische Opportunismen in einzelnen Staaten. Im Kontext sind auch populistische Entwicklungen in ihren Differenziertheiten deutlich geworden – in der wissenschaftlichen Analyse wie in der praktisch-parlamentarischen Illustrierung. Wie wichtig der Austausch ist, zeigte sich im sozialpolitischen Themenbereich: Dessen Komplexität sowie die Verfahren und Arbeitsergebnisse des Europaparlaments sind erheblich detaillierter und lösungsnäher, als von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Gesprächsformate wie dieses sind dringend nötig.“

Problem der Rechtsmissachtung, dass aus seiner Sicht keiner der 28 Mitgliedsstaaten sich hemmungslos den Normen hingeben wolle. „Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt, dass Rechtsachtung die wesentliche Bedingung für ein kulturelles und friedliches Zusammenleben ist. Wir müssen erkennen, dass das auch auf internationale Rechtssysteme übertragen werden muss.“ Er sah in der Rechtsmissachtung einen wesentlichen Grund für den Vertrauensverfall der EU. Ferber gab zu Bedenken, dass nicht alle Mitgliedsstaaten gleich leistungsfähig seien. Er sah eine wesentliche Diskrepanz zwischen Staaten wie Deutschland, die das Subsidiaritätsprinzip tatsächlich wahrnehmen können, und Staaten, die aus Notwendigkeit oder aus Opportunismus heraus EU-Regelungen begrüßen. „Wir als Deutschland sind mit unserem Ansatz nicht in der Mehrheit.“

Diese Tatsache müssten wir schonungslos zur Kenntnis nehmen, resümierte Huber die Diskussion. Er warb entschieden dafür, in den europäischen Institutionen offensiv für die deutsche Lesart zu werben, wonach das Recht für die Politik bindend ist und zugleich nach dem Subsidiaritätsprinzip versucht wird, dezentrale Lösungen zu finden. Diese Lesart sei von großer Bedeutung in einer Zeit, in der die Steuerungskraft des Rechts sowohl im internationalen als auch im nationalen Kontext zurückgehe. Gleichzeitig müsse man den anderen Rechtsauffassungen gegenüber offen blei-

ben.“ Es bleibt nur der Kompromiss und das Lernen vom jeweils anderen,“ so Huber.

Ähnlich urteilte Ferber: „Wir Deutsche müssen bei Währungs- und Wirtschaftspolitik ein bisschen französischer werden, und die Franzosen in den gleichen Feldern etwas deutscher. Meine Hoffnung ist, dass wir das bei den Wahlen in diesem Jahr berücksichtigen, sodass der deutsch-französische Motor wieder anspringen kann.“

MARIANNE KNEUER: „INTEGRATIONSFEINDLICHER POPULISMUS IST EINE KULTURELLE GEGENBEWEGUNG!“

Marianne Kneuer, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim, sprach in der zweiten Sitzung zum Thema Populismus, welcher zuletzt in mehreren europäischen und außereuropäischen Ländern Zulauf erhielt. Zunächst stellte sie eine dreifache Unterscheidung populistischer Parteien in den Raum: Erstens gäbe es Parteien wie den Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich und auch verschiedene Parteien in Skandinavien, die bereits seit längerem existieren und in den Parlamenten vertreten sind. Zweitens gäbe es Parteien, die zwar bereits seit längerem existieren, aber erst durch die Schuldenkrise und die Flüchtlingskrise relevant wurden, beispielsweise UKIP im Vereinigten Königreich und Syriza in Griechenland. Drittens identifizierte sie Parteien,



die überhaupt erst während dieser Krisen entstanden sind, so wie Podemos in Spanien, Cinque Stelle in Italien und auch die Alternative für Deutschland.

Als Gründe für das Erstarken populistischer Parteien nannte Kneuer somit zum einen die Krisen des letzten Jahrzehnts, welche häufig der unmittelbare Katalysator waren. Zum anderen müssten jedoch auch strukturelle Gründe beachtet werden, so Kneuer. Wirtschaftliche Unsicherheit, wachsende Ungleichheit und mangelnde Zukunftsperspektiven seien solche strukturellen Faktoren. Diese alleine könnten jedoch die Existenz populistischer Parteien in den skandinavischen Ländern nicht hinreichend erklären, wo ein recht schwaches Wohlstandsgefälle herrscht. Man müsse deshalb kulturelle Gründe mit in die Überlegungen einbeziehen. Kneuer beschrieb den Populismus als eine Gegenreaktion auf den kulturellen Wandel der letzten Jahrzehnte hin zu progressiven Haltungen gegenüber Familien, Geschlechtern und Lebensstilen sowie mit einer bestimmten Haltung zu internationaler Zusammenarbeit. „Diese Gegenreaktion ist geleitet von einer Art nostalgischen Sehnsucht nach traditionellen Normen und Werten,“ so Kneuer.

(v. l. n. r.) Christoph Gröpl,
Andreas Kalina,
Peter Nitschke,
Heinrich Oberreuter

Bemerkenswert sei, dass diese Gegenreaktion sowohl bei links- als auch bei rechtsgerichteten Parteien anzutreffen sei. „Wir müssen damit rechnen, dass sich dauerhaft im europäischen Parteiensystem eine neue

Konfliktlinie etabliert zwischen integrations-skeptischen oder gar -feindlichen und integrationsfreundlichen Parteien. Diese Konfliktlinie verläuft aus meiner Sicht quer zu den ideologischen Polen, sie ist der ideologischen Ausrichtung nachgelagert.“

Als entscheidendes Gegenmittel empfahl Kneuer, auf vernunftgeleitete Kommunikation zu setzen. Dies sei gerade jetzt notwendig, da soziale Medien es populistischen Akteuren erleichterten, mit einfachen, emotional-zugespitzten Botschaften zu kommunizieren. Zugleich müsse das Bedürfnis nach normativer Orientierung von den etablierten Parteien wieder ernst genommen werden.

Europaabgeordneter Elmar Brok forderte in seinen Kommentar nachdrücklich, sich nicht auf die populistische Strategie einzulassen. Das europäische Argument sei, dass Probleme durch Terrorismus, Migration, Klimawandel und Globalisierung nicht mehr national zu bewältigen sind. So sagte Brok: „Europa ist das Lösungsmuster für diese Probleme. Diese Leute, mit ihrem europafeindlichen Ansatz, zerstören das Instrument, mit dem die Krisen gelöst werden können. Es ist ein rein negativer Ansatz! Wir lassen uns zu sehr darauf ein, indem wir uns mit einzelnen Forderungen der Populisten beschäftigen, anstatt eine Gegenstrategie zu entwickeln und zu fragen: Lösen diese Vorschläge überhaupt unsere Probleme?“

Zugleich, so Brok weiter, unterscheide sich die EU grundlegend von den einzelnen Nationalstaaten, deren Legitimität bei tatsächlichen oder anscheinenden Fehlentscheidungen nicht regelmäßig in Frage gestellt wird: „Die Bürger begreifen die EU noch nicht als Schicksalsgemeinschaft.“

„EUROPA WIEDER ALS ERFOLGSSTORY SEHEN!“

Hermann von Laer, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Vechta, stimmte Brok zu. Tatsächlich entspringe die Legitimität des





Nationalstaates eben der Nation, so von Laer. „In Europa wurde die Legitimation dagegen immer aus den Erfolgen gewonnen.“ Gerade deshalb müsse man sich die Frage gefallen lassen, ob Europe in letzter Zeit nennenswerte Erfolge vorweisen konnte. Dazu von Laer: „Wenn wir sagen, die Populisten lösen die Probleme nicht, dann müssen wir uns auch die Gegenfrage gefallen lassen: Lösen denn wir die Probleme?“ Als Beispiel nannte er die anhaltende Schuldenkrise. Zu dieser Überlegung gehöre auch, die Unterscheidung zwischen reeller und wahrgenommener Krise fallen zu lassen. „Eine Krise ist eine Krise, wenn sie als solche wahrgenommen wird,“ so von Laer.

Mehrere Teilnehmer stimmten ihm darin zu. So verwies Bodo Herzog, Professor für Volkswirtschaftslehre an der ESB Business School Reutlingen, auf die Einführung des Euros und die Frage, ob damit Preissteigerungen verbunden waren. Während es insgesamt betrachtet keinen derartigen Effekt gab, hielt sich in der Bevölkerung weiterhin das Gefühl, die Preise seien gestiegen. Der Grund dafür sei gewesen, dass es tatsächlich eine höhere Preissteigerung bei Alltagswaren gab, welche für die allgemeine Wahrnehmung von größerer Bedeutung waren als alle Güter zusammen. „Das zeigt, dass wahrgenommene Krisen eine gewisse Realität haben können,“ so Herzog. Kneuer verteidigte dagegen entschieden die Unterscheidung: „Ich glaube, es ist extrem wichtig, zwischen realen und wahrgenommenen Krisen zu trennen, obwohl es hier natürlich ein Ineinandergreifen gibt.“

Daniel Göler, Professor für Europäische Politik an der Universität Passau, sprach zum Wesen populistischer Kommunikation und verwies auf das post-strukturalistische Konzept des Populismus nach Ernesto Laclau, welches es als entscheidendes Merkmal der populistischen Kommunikation sieht, dass Schlüsselbegriffe (zum Beispiel ‚Europa‘ oder ‚Brüssel‘) von ihrem Inhalt entleert werden. Dabei

hätten auch etablierte Parteien große Mitschuld zu tragen, so Göler weiter, beispielsweise die Konservative Partei im Vereinigten Königreich. „Man müsste deshalb die Debatte weiterführen und auch Populismus innerhalb der etablierten Parteien untersuchen und diskutieren,“ so Göler.

Peter Nitschke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Vechta, sah Populismus dagegen als grundsätzliche Eigenschaft jeder Partei in einem demokratischen System. „Der Kern des Problems ist, dass die sogenannten populistischen Parteien eigentlich neo-national sind, ob links oder rechts. Sie alle wollen den Nationalstaat verteidigen.“ Nitschke heilt ebenfalls daran fest, dass es wenig Wirkung erzielen werde, populistische Parteien für ihre mangelnden Lösungsansätze zu kritisieren, wenn die eigenen Lösungsstrategien ebenfalls von zweifelhaftem Erfolg gezeichnet sind.

Christoph Gröpl, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität des Saarlandes, forderte mit Hinblick auf die vermutete Sehnsucht nach traditionellen Werten, die CDU müsse konservative Standpunkte wieder stärker besetzen. „Die CDU hat ihre konservativen Positionen in den vergangenen 20 Jahren unter Angela Merkel vollkommen aufgegeben.“ Als Beispiele nannte er die Bildungspolitik, hier insbe-

(v. l. n. r.) Ferdinand Wollenschläger, Hardy Ostry, Hermann-Josef Blanke, Peter Nitschke, Wim Kösters





sondere die Wertschätzung des Gymnasiums, und das Thema innere Sicherheit.

Elmar Brok ermutigte die Teilnehmer abschließend, positiv auf die Europäische Integrationsgeschichte zu blicken. „Europa ist eine Erfolgsstory, wo man es lässt! Was nicht geht, ist, Europa Kompetenzen zu geben, ihm dann aber die Instrumente vorzuenthalten.“ Wo Europa keine Kompetenzen habe, dürfe es auch nicht zur Verantwortung gezogen werden, so zum Beispiel im Fall von hoher Jugendarbeitslosigkeit. „Ich weigere mich auch, Europa als Eliteprojekt zu bezeichnen,“ so Brook weiter. Tatsächlich sei Europa von weitreichender Zustimmung in der Bevölkerung getragen gewesen. „Wir müssen mit solchen Aussagen vorsichtig sein, denn sie können ein falsches Bild zeichnen und den Populisten in die Hände spielen.“

FERDINAND WOLLENSCHLÄGER ZUM KONTROVERSEN THEMA DER ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT

Ferdinand Wollenschläger, Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität Augsburg, ging zuletzt auf das für die europäische Integration äußerst bedeutsame Thema der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein. Diese, so Wollenschläger, sei seit Beginn eine der Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes gewesen. Aus ökonomischer Sicht diene sie dazu, ein Überangebot an Arbeitskräften in einem Mitgliedsland mit offenen Stellen in einem anderen Mitgliedsland in Verbindung zu bringen. Es gäbe jedoch ganz entscheidende marktranszendierende Aspekte der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Zunächst sei diese für das Individuum ein Grundrecht, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Sie trage aber auch zur Völkerverständigung und damit zum Frieden in Europa bei. Zuletzt sei die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die damit verbundene Gleichstellung von In- und Ausländern ein erster

Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Staatsbürgerschaft.

Gerade diese Gleichstellung von In- und Ausländern ist jedoch zugleich der wesentliche Grund für die Kritik an der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das EU-Recht zur Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt den Arbeitnehmern nicht nur das Recht auf eine Aufenthaltsgenehmigung, sondern ebenso Anspruch auf einen gleichwertigen Zugang zu den Sozialsystemen des aufnehmenden Landes, erklärte Wollenschläger. Der Europäische Gerichtshof legt diese Verordnung zudem äußerst weit aus: So reicht eine Teilzeitbeschäftigung von 13 bis 14 Stunden in der Woche aus, um als Arbeitnehmer zu gelten. Gleichstellung gilt auch dann, wenn der Arbeitnehmer durch seinen Lohn seine Existenz nicht sichern kann und auf lohnergänzende Sozialleistungen angewiesen ist. Wollenschläger besprach im Folgenden zwei Vorschläge, die auf eine Eingrenzung dieser Ansprüche zielen.

Erstens wird gefordert, eine Karenzzeit für lohnergänzende Sozialleistungen einzuführen, sodass erst nach dieser Zeit ein Anspruch bestünde. Dies, so Wollenschläger, sei aktuell durch eine Änderung des Sekundärrechts nicht möglich. Vielmehr müsste dazu das Primärrecht vom Europäischen Gerichtshof grundlegend neu interpretiert werden, was Wollenschläger zurzeit für unwahrscheinlich hält.

Ein zweiter Vorschlag betrifft Kindergeldzahlungen an Eltern, deren Kinder im Heimatland verblieben sind. In diesen Fällen könnten die Zahlungen an den Lebensstandard des Heimatlandes angeglichen werden. Wollenschläger kommentierte dies so: „Meines Erachtens nach ist eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten rechtfertigungsfähig, wenn man argumentiert, dass das Kindergeld der Finanzierung des Lebensstandards dient, und der bemisst sich nun mal nach dem Aufenthaltsort und nicht nach dem Ort der Arbeitsstätte.“ Die Indexierung sei, anders als die Ka-



rennzeit, somit nicht unmittelbar primärrechtswidrig und könnte durch eine Änderung des Sekundärrechts vollzogen werden.

Wim Kösters, Vorstandsmitglied beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, griff das Thema in der Diskussion auf. Er plädierte entschieden dafür, die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verteidigen. „Bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit geht es um ein zentrales Element des europäischen Binnenmarktes,“ so Kösters. Neben dem wichtigen Aspekt der Völkerverständigung ist diese auch von wirtschaftlicher Relevanz, obwohl der genaue Effekt empirisch nicht exakt ermittelt werden kann, da die Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit anderen Integrationsschritten einherging. Klar ist für Kösters: „Wir haben das Wachstumspotential des Binnenmarktes bei Weitem noch nicht ausgeschöpft! Der Binnenmarkt ist eine Quelle für mehr Wachstum und damit auch ein Mittel, um gegen den Populismus anzugehen.“

Europaabgeordneter Thomas Mann forderte, die erkämpften Freiheiten nicht wieder preiszugeben. Er bezog sich auf Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der sagte, der europäische Binnenmarkt erfordere eine sozialpolitische Dimension. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehe in diese Richtung, und

müsse deshalb verteidigt werden, so Mann abschließend.

HERBERT REUL: „DIE LEUTE WIEDER MITNEHMEN!“

Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, plädierte in einem Kurzbeitrag eindringlich dafür, die europäischen Bürger wieder stärker in das Projekt Europa einzubeziehen. Zwar befinde man sich in einer äußerst schwierigen Lage, doch bedeute dies zugleich, dass es nun um etwas gehe, so Reul. Die Leute seien heute mehr als zuvor an europäischer Politik interessiert, berichtet er von seinen Informationsveranstaltungen im Wahlkreis: „Das ist eine riesige Chance!“

Um die Leute mitzunehmen, reiche es jedoch nicht, sich auf die europäische Geschichte zu berufen. Stattdessen seien nun Rationalität und Pragmatik gefragt. Reul sagte: „Deshalb fand ich den Vorschlag von Juncker mit den fünf Szenarien gut. Mir geht es nicht darum, ob die Szenarien richtig oder falsch sind. Aber es wird eine neue Methode angewendet. Jetzt müssen wir anhand dieser Szenarien diskutieren!“ Dann könne man wieder das Gefühl gewinnen, dass es Zeit für große Dinge ist. „Diese Veranstaltung ist ein großartiger Beitrag zu dieser Diskussion,“ so Reul.



HERBERT REUL

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

„Europa in Wissenschaft und Politik war ein wichtiger Termin für uns Europaabgeordnete, bei dem wir viele Anregungen, Zusatzinformationen und Hinweise bekommen haben, die über unseren Arbeitsalltag hinaus gehen. Die Veranstaltung hilft uns Fragen neu und anders zu besprechen. Und wir hoffen, dass dies auch für die Wissenschaftler zutrifft. Sie können vielleicht mitnehmen, wie das konkrete legislative und politische Arbeiten im Europäischen Parlament funktioniert.“



Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Leitprinzipien der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Die KAS ist eine Politische Stiftung, die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) nahesteht. Als Mitbegründer der CDU und erster deutscher Bundeskanzler verband Konrad Adenauer (1876-1967) christlich-soziale, konservative und liberale Traditionen. Sein Name steht für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands, die außenpolitische Verankerung in einer transatlantischen Wertegemeinschaft, die Vision der europäischen Einigung und die Orientierung an der Sozialen Marktwirtschaft. Sein geistiges Erbe ist uns weiterhin Aufgabe und Verpflichtung zugleich.

Wir wollen Menschen dazu bewegen, die Zukunft in diesem Sinne mitzugestalten. Durch weltweit mehr als 70 Büros und Projekte in über 120 Ländern leisten wir einen eigenständigen Beitrag zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft. Um Frieden und Freiheit zu sichern, unterstützen wir den kontinuierlichen außen- und sicherheitspolitischen Dialog sowie den Austausch zwischen Kulturen und Religionen.

Das Europabüro Brüssel (EBB) begleitet seit 1978 aktiv die Entwicklung der Europäischen Union. Darüber hinaus betreut es Projekte in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. Ziel ist es, in der Tradition Konrad Adenauers Einfluss auf den Europäischen Integrationsprozess im Allgemeinen und die Politik der EU im Besonderen zu nehmen. Dabei versteht sich das Europabüro als Forum christdemokratischer Interessen.

Unsere Veranstaltungsformate umfassen Vorträge, Konferenzen, Workshops und Dialogprogramme. Wir berichten und analysieren, informieren über bedeutsame politische Entwicklungen und beziehen Stellung. Dabei stützt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel auf ein breites Netz von Partnern in den Europäischen Institutionen, den Regierungen und Parlamenten der BeNeLux-Länder und der NATO sowie in Think-Tanks und deutschsprachigen und internationalen Medien. Wir unterhalten enge Kontakte zu Regierung und Parlament in Berlin und den Bundesländern sowie zu deren Vertretern in Brüssel.



Fokus Europa

*Europa in Wissenschaft und Politik
Diskussionsveranstaltung
im Europäischen Parlament in
Straßburg*

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
European Office
11, Avenue de l' Yser
B-1040 Brussels
Belgium*

Text

Mathias Koch

Redaktion

*Dr. Hardy Ostry
Mathias Koch*

Fotos

Mathias Koch

Design

Balázs Mózes-Finta

*Dieses Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung
e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung in und Verarbeitung
durch elektronische Systeme.*

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de/bruessel